

Forderungen des ZIA Zentraler Immobilien Ausschuss e.V. zur Flüchtlingspolitik

Berlin im Januar 2016. Der Vorstand und das Präsidium des ZIA Zentraler Immobilien Ausschuss e.V. haben die folgenden Forderungen hinsichtlich der Flüchtlingspolitik des Bundes und der Länder beschlossen.

Der ZIA:

- begrüßt das Engagement der Bundesregierung, Länder, Kommunen sowie zahlreicher ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer, schnell, flexibel und unbürokratisch bei der Integration von Flüchtlingen zu unterstützen.
- fordert zur weiteren Bewältigung der Aufgaben einen Integrationsplan Deutschland, der seinen Fokus auf die dauerhafte Eingliederung in die Gesellschaft setzen muss.

Deshalb hat der ZIA folgende Positionen formuliert:

- Bei der Erstunterbringung muss der Königsteiner Schlüssel schnellstmöglich durch eine sach- und zielgemäße Verteilung an diejenigen Kommunen abgelöst werden, die eine menschenwürdige Unterbringung durch vorhandene Infrastruktur sicherstellen können.
- Zum finanziellen Ausgleich der Belastungen muss das Prinzip gelten: Geld folgt Flüchtlingen.
- Flüchtlinge können dann eine Chance für die demographische Entwicklung unseres Landes sein, wenn sie dauerhaft dort leben, wo es bezahlbaren Wohnraum, Arbeitsplätze und eine soziale Infrastruktur gibt und die Kommunen nicht überfordert werden. Deshalb ist kurz- und mittelfristig die Anwendung von Wohnsitzauflagen nötig, die Bundesregierung möge zeitnah rechtliche Zweifel an dem Verfahren ausräumen.
- Um den nötigen Wohnungsneubau zu ermöglichen, werden flexible, innovative und unbürokratische Lösungen und schnellere Verfahren gebraucht. Zu einer ganzheitlichen Stadtentwicklung gehören allerdings auch andere Nutzungsarten, deren Genehmigungsverfahren gleichermaßen schnell betrieben werden müssen. Dafür müssen Personalengpässe in den Bauämtern schnellstmöglich beseitigt werden.

- Insbesondere bei der seriellen Bauweise gibt es große Chancen, wenn Fehler der Vergangenheit – wie einseitige Belegungen und soziale Monokulturen – vermieden werden.
- Die Umnutzung von Gewerbe in Wohnraum kann sinnvoll sein, sofern die baulichen und standortbezogenen sowie zeitlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen erfüllt sind. Allerdings sollte das nur im Konsens zwischen Staat und Eigentümern und nicht im Wege von Zwangsmaßnahmen erfolgen.
- Der ZIA begrüßt das vorbildliche Engagement vieler Unternehmen der Branche bei der Integration von Flüchtlingen und distanziert sich von Personen und Unternehmen, welche die Notlage der Kommunen und der Flüchtlinge zu ihrem Vorteil ausnutzen.
- Der ZIA fordert weitere Gesprächsrunden zwischen Verwaltung, Immobilienwirtschaft und allen an der Integration beteiligten Institutionen auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene.

Der ZIA

Der Zentrale Immobilien Ausschuss e.V. (ZIA) gehört zu den bedeutendsten Interessenverbänden der Branche. Er versteht sich als Stimme der Immobilienwirtschaft und spricht mit seinen Mitgliedern, unter diesen mehr als 20 Verbände, für 37.000 Unternehmen. Der ZIA will der Immobilienwirtschaft in ihrer ganzen Vielfalt eine umfassende und einheitliche Interessenvertretung geben, die ihrer Bedeutung für die Volkswirtschaft entspricht. Als Unternehmer- und Verbändeverband verleiht er der gesamten Immobilienwirtschaft eine Stimme auf nationaler und europäischer Ebene – und im Bundesverband der deutschen Industrie (BDI). Präsident des Verbandes ist Dr. Andreas Mattner.

Weitere Informationen finden Sie unter www.zia-deutschland.de